

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Kreisausschusses am 23.11.2009 im großen Sitzungssaal der Kreisverwaltung Bad Kreuznach

Vorsitzender: Landrat Franz-Josef **Diel**

Schriftführer: Herr **Reuß**

Beginn der Sitzung: 15.05 Uhr

Ende der Sitzung: 17.20 Uhr

Anwesend waren:

Hippert, Ralf

Lüttger, Markus

Schmidt, Adelheid für **Ebbeke, Rolf**

Lorsbach, Alfons

Schick, Achim

Anheuser, Peter für **Schneider, Alfons**

Wilhelm, Ludwig

Pörksen, Carsten

Ginz, Wolfgang

Wagner, Fritz

Denker, Anke

Müller, Werner

Bursian, Thomas

Schütt, Max (siehe auch 2 Kreisbeigeordnete)

Nuphaus, Ludger

Zimmer, Wolfgang

Kaufmann, Timo

Entschuldigt fehlten:

Ebbeke, Rolf

Schneider, Alfons

Kreistag:

Dhonau, Rainer

Schöffling, Volker

Von der Verwaltung nahmen teil:

1. Kreisbeigeordneter **Nies, Hans-Dirk**

2. Kreisbeigeordneter **Schütt, Max**

3. Kreisbeigeordneter **Huppert-Pilarski, Gerlinde**

Regierungsdirektorin **Zachau**

Herr **Skär** (Hauptamt)

Frau Jung	(Hauptamt)
Herr Riegert	(Rechtsamt)
Herr Goergen	(Amt für Sicherheit, Ordnung und Verkehr)
Herr Rothmann	(Sozialamt)
Herr Bergs	(Bauamt)
Herr Eulgem	(Bauamt)
Herr Hofmann	(Bauamt)
Herr Ryschawy	(Kämmereiamt)
Auszubildende	

Sonstige:

Herr Eckes (ARGE Bad Kreuznach)
Vertreter der örtlichen Presse

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden zu der heutigen Kreisausschusssitzung.

Landrat Diel eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass mit Schreiben vom 13.11.2009 form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Im Folgenden gibt der Landrat den Mitgliedern Gelegenheit Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge bezüglich der Tagesordnung vorzubringen. Es liegen jedoch keine Wortmeldungen vor.

Der Kreisausschuss erhebt keine Einwände gegen die mit Schreiben vom 13.11.2009 mitgeteilte Tagesordnung.

TAGESORDNUNG:

I. Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Anfragen
3. Konjunkturpaket II; Sonderprogramm des Landes Rheinland-Pfalz „Für unser Land Arbeitsplätze sichern – Unternehmen unterstützen – nachhaltig investieren –
– zusätzliche Maßnahmen –
4. Zweites Buch Sozialgesetzbuch; Erweiterung der Option zur Neuorganisation des SGB II
5. Öffentliche Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen

II. Nichtöffentliche Sitzung

1. Auftragsvergaben
2. Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Bad Kreuznach
3. Beteiligungsbericht für den Landkreis Bad Kreuznach gemäß § 90 Abs. 2 GemO i.V.m. § 57 LKO
4. Beratung und Beschlussfassung über den Erlass der Haushaltssatzung des Landkreises Bad Kreuznach für das Haushaltsjahr 2010 mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen, Investitionsprogramm für die Jahre 2009 bis 2013
5. Personalangelegenheiten
6. Nichtöffentliche Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen

I. Öffentliche Sitzung

TOP 1 Einwohnerfragestunde

1.1 Einwohnerfrage des Herrn Volker Schöffling: Parken an der Kreisverwaltung

Herr Schöffling fragt nach, warum an den Zufahrten der Kreisverwaltung ein Parkverbot aufrecht erhalten wird, obwohl die Kfz-Zulassungsstelle bereits seit mehreren Jahren im Industriegebiet angesiedelt ist.

TOP 2 Anfragen

2.1 Anfrage des Herrn Nuphaus, Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Klimaanlage des Lina-Hilger-Gymnasiums

Herr Nuphaus teilt mit, dass ihm bekannt wurde, dass für das Lina-Hilger-Gymnasium eine Klimaanlage beschafft werden soll. Viele Klassen würden die Räume meiden, da der Unterricht dort nicht oder nur eingeschränkt unter optimalen Bedingungen möglich sei. Auf die Anfrage im letzten Jahr wurde ihm darauf geantwortet, dass es ein neues Lüftungskonzept gäbe.

Er fragt nach, ob nicht andere bauliche Verbesserungsmöglichkeiten möglich seien, um den Unterricht in diesen Räumen wieder zu ermöglichen, da eine Klimaanlage auch Folgekosten mit sich bringt.

Herr Bergs gibt bekannt, dass keine Klimaanlage angeschafft werden soll. Im letzten oder vorletzten Jahr wurde versucht die Situation in den hohen Räumen zu verbessern, indem Folien in Treppenhaus aufgezogen und die Türsituation geändert wurde. Bisher bekam er diesbezüglich noch keine negativen Rückmeldungen. Wenn jedoch etwas geändert werden müsse, sollte die Dachdämmung verbessert werden.

2.2 Anfrage des Herrn Wilhelm, CDU-Kreistagsfraktion:

Herr Wilhelm erläutert, dass vor 12 Tagen in Norheim die Restmülltonnen geleert wurden. Die der Kindertagesstätte wurde jedoch ohne Angaben von Gründen stehen gelassen. Die Tonne sei voll mit Windeln gewesen, der Deckel wäre jedoch nur wenige Zentimeter geöffnet gewesen.

Er bittet die Verwaltung darum, in Erfahrung zu bringen, aus welchen Gründen solche Tonnen stehen gelassen werden.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass dieser Anfrage nachgegangen wird, da Herr Nies, der zuständige Geschäftsbereichsleiter, erkrankt sei.

TOP 3 Konjunkturpaket II; Sonderprogramm des Landes Rheinland-Pfalz „Für unser Land Arbeitsplätze sichern – Unternehmen unterstützen – nachhaltig investieren – zusätzliche Maßnahmen –

Der Vorsitzende gibt die Beschlussvorlage wieder.

1. Wortmeldung des Herrn Hippert, CDU-Kreistagsfraktion:

Herr Hippert entnahm aus einem Zeitungsartikel des Herrn Pörksen, dass die Beschaffungen für den Multisporttreff bereits erfolgt sind. Er gibt zu bedenken, dass der Kreisausschuss bisher diesbezüglich keinen Beschluss gefasst hat.

Er bittet die Verwaltung, eine lückenlose Auflistung zu fertigen, in der alle Angaben betreffend der Beschaffung enthalten sind.

2. Wortmeldung des Herrn Pörksen, SPD-Kreistagsfraktion:

Herr Pörksen ist der Auffassung, dass es eine vernünftige Entscheidung war, diese Geräte anzuschaffen, er sei jedoch auch nicht bei dieser Entscheidung beteiligt gewesen.

3. Wortmeldung des Herrn Schütt, FDP-Kreistagsfraktion:

Aus Sicht des Herrn Schütt, stand bezüglich der Errichtung eines Multisporttreffs nichts im Programm des Konjunkturpaketes II. Es müsse doch feststellbar sein, wer diesen Auftrag erteilt hat und mit welcher Berechtigung dies geschehen ist. Er gibt auch zu bedenken, dass kein Dringlichkeitsbeschluss mit den Kreisbeigeordneten erfolgt ist.

4. Wortmeldung des Herrn Nuphaus, Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Es wundert Herrn Nuphaus, dass eine solche Maßnahme in das Konjunkturpaket II des Landes mit aufgenommen wurde. Hierzu schlägt er vor, in der nächsten Sitzung Herrn Nies zu befragen.

5. Wortmeldung des Herrn Wagner, SPD-Kreistagsfraktion:

Auf Rückfrage des Herrn Wagner teilt der Landrat mit, dass der Auftrag bereits vor seiner Amtszeit erfolgte.

Im Gremium findet sodann eine extensive, kontroverse Diskussion bezüglich der Thematik statt, während deren sich bereits abzeichnet, dass ein Teil der Mitglieder den Beschlussantrag zurückstellen möchte.

Anschließend wird **mehrheitlich, bei 5 Gegenstimmen und 1 Enthaltung** entschieden, dass dieses Thema erneut auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung am 07.12.2009 zu nehmen ist, um mit Herrn Nies und der Schulleitung diese Angelegenheit zu klären.

TOP 4 Zweites Buch Sozialgesetzbuch; Erweiterung der Option zur Neuorganisation des SGB II

Landrat Diel führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Er erläutert, dass diesbezüglich eine Anfrage des Deutschen Landkreistages über den Landkreistag Rheinland-Pfalz – Sonderrundschreiben S 880/2009 - eingegangen ist. Es haben bereits 69 Kommunen optiert. Zusätzlich zu diesen 69 Optionskommunen wurden alle Landkreise abgefragt, ob weitere Optionen beantragt werden.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Bundesarbeitsminister am 18.12.2009 betreffend der Zukunft der Arbeitsagenturen und Arbeitsgemeinschaften eine Erklärung abgeben wird.

1. Wortmeldung des Herrn Wagner, SPD-Kreistagsfraktion:

Herr Wagner bittet darum, den Beschluss heute nicht zu fassen, damit die Entwicklung noch ein viertel-, bis halbes Jahr beobachtet werden kann. Man sei bei dieser Entscheidung momentan nicht unter Zeitdruck.

2. Wortmeldung des Herrn Pörksen, SPD-Kreistagsfraktion:

Aus Sicht des Herrn Pörksen soll die Erklärung des Bundesarbeitsministers am 18.12.2009 abgewartet werden.

Es sei riskant, wenn sich ein politisches Gremium, wie der Kreistag, jetzt in dieser Weise äußert, obwohl es keine Wirkung hat.

3. Wortmeldung des Herrn Nuphaus, Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Nuphaus gibt bekannt, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit diesem Thema auf dem Landesparteitag befasst hat. Dort wurde sich dafür ausgesprochen, dass die ARGEN verstärkt in die Hand der Gebietskörperschaften verlagert werden müssten. Nur so könne eine optimale Versorgung der Grundsicherungsempfänger, sowohl leistungsrechtlich als auch vermittlungstechnisch, gewährleistet werden.

Es sollte erreicht werden, dass immer mehr Gebietskörperschaften optieren können.

4. **Wortmeldung des Herrn Kaufmann, Kreistagsfraktion DIE LINKE:**

Herr Kaufmann schlägt vor, den Landrat damit zu beauftragen, eine Resolution zu erstellen, in der der Bundesgesetzgeber dazu aufgefordert wird, eine dem Kreistag genehme Regelung zu treffen. Wenn so möglichst viele Kommunen verfahren, könne damit Druck ausgeübt werden.

Wenn jedoch der vorliegende Beschluss gefasst wird, sollten gewisse Vorschläge gemacht werden, wie vorgegangen werden soll.

5. **Wortmeldung des Herrn Lüttger, CDU-Kreistagsfraktion:**

Herr Lüttger kann diese Diskussion nicht nachvollziehen, da dieser Beschluss keine Bindung nach sich ziehen, jedoch ein Maß an Sicherheit geben würde. Es könne auf diese Weise dem Personal eine gewisse Sicherheit gegeben werden.

Aus Sicht des Herrn Eckes (Geschäftsführer der ARGE Bad Kreuznach) kann die Arbeit mit der Gruppe, die momentan die ARGE managt, weiterhin geleistet werden, jedoch nicht mit den 44 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kommunen alleine.

Herr Rothmann (Amtsleiter Sozialamt) merkt an, dass es vom Landkreistag eine Anfrage gibt, die bis zum 26.11.2009 zu beantworten sei. Diese Anfrage hätte in gewisser Art und Weise eine Bindungswirkung entfalten können. Erfolgt die Beantwortung bis zu diesem Termin nicht, bedeutet dies, dass der Landkreis Bad Kreuznach nicht optiert. Aus seiner Sicht wird es bis zum 18.12.2009 inhaltlich zu dem Thema Weiterentwicklung der Zusammenarbeit sicherlich keine Informationen oder nähere Angaben geben.

6. **Wortmeldung des Herrn Pörksen, SPD-Kreistagsfraktion:**

Herr Pörksen ist der Auffassung, dass der Kreistag diese Entscheidung zu treffen hat. Hierüber sollte der Kreistag im Rahmen der Haushaltsberatungen eine Resolution fassen.

Weiter stellt er einen Antrag, dass gefordert werden soll, dass der Bund die Möglichkeit des Optierens über die 69 Kommunen hinaus öffnet.

7. **Wortmeldung des Herrn Lorsbach, CDU-Kreistagsfraktion:**

Herr Lorsbach hat ein Referat des Bundesarbeitsministers gehört, in dem er zum Ausdruck gebracht hat, dass auch jenseits einer Verfassungsänderung in Zusammenarbeit mit den Ländern eine Ausweitung der Optionsgemeinden vorstellbar sei.

Der Kreisausschuss lehnt die Forderung an den Bund, mehr als 69 Kommunen für eine Option zuzulassen **mehrheitlich (6 Ja-Stimmen und 12 Gegenstimmen)** ab.

Der Kreisausschuss beschließt **mehrheitlich (11 Ja-Stimmen und 7 Gegenstimmen)** dass der Landkreis Bad Kreuznach im Falle einer zusätzlichen Optionsmöglichkeit grundsätzlich nicht ausschließt, von der Möglichkeit der Option Gebrauch zu machen.

TOP 5 Öffentliche Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine öffentlichen Mitteilungen oder noch zu beantwortende Anfragen vor.

II. Nichtöffentliche Sitzung**nö. TOP 1 Auftragsvergaben****b) Lieferung der Geräteausstattung für einen naturwissenschaftlichen Fachraum am Gymnasium am Römerkastell**

Der Kreisausschuss beschließt **einstimmig** den Auftrag zur Lieferung der Geräteausstattung für einen naturwissenschaftlichen Fachraum am Gymnasium am Römerkastell an die Fa. Phywe aus Göttingen zum angebotenen Gesamtpreis in Höhe von 31.049,22 € zu vergeben.

Die für die Beauftragung benötigten Mittel stehen im Haushalt bereit. Die Auftragssumme bewegt sich im hierfür kalkulierten Kostenrahmen.

a) Beschaffung eines Abrollcontainers Technische Hilfe

Der Kreisausschuss beschließt **einstimmig** die Anschaffung eines Containers für Technische Hilfe zum Angebotspreis von 84.858,90 €.

nö. TOP 2 Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Bad Kreuznach

1. Der Kreisausschuss schlägt dem Kreistag **einstimmig** vor, die in der Anlage beigefügte Hauptsatzung des Landkreises Bad Kreuznach zu beschließen.
2. Der Kreisausschuss schlägt dem Kreistag **einstimmig** vor, dass öffentliche Bekanntmachungen des Kreises Bad Kreuznach bis auf Weiteres in den örtlichen Tageszeitungen „Oeffentlicher Anzeiger für Bad Kreuznach und Umgebung“ und in der „Allgemeinen Zeitung Kreuznacher Anzeiger“ erfolgen. Zusätzlich erfolgen die öffentlichen Bekanntmachungen im Internet unter der Adresse <http://www.kreisbadkreuznach.de>.

nö. TOP 3 Beteiligungsbericht für den Landkreis Bad Kreuznach gemäß § 90 Abs. 2 GemO i. V. m. § 57 LKO

Auf Anfrage des Herrn Anheuser schildert Herr Ryschawy, dass nicht alle Beteiligungen des Kreises in dieser Auflistung mit aufgeführt werden können.

Der Kreisausschuss nimmt den Beteiligungsbericht **einstimmig** zur Kenntnis und schlägt ihn dem Kreistag in der vorliegenden Form zur Kenntnis und Erörterung vor.

nö. TOP 4 **Beratung und Beschlussfassung über den Erlass der Haushaltssatzung des Landkreises Bad Kreuznach für das Haushaltsjahr 2010 mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen, Investitionsprogramm für die Jahre 2009 bis 2013**

Landrat Diel leitet in den Tagesordnungspunkt ein.

Der Kreis wurde von der ADD dazu aufgefordert, die Kreisumlage um 5 % zu erhöhen, dies wurde allerdings noch nicht in die Haushaltsplanunterlagen eingearbeitet.

Der Vorsitzende gibt anhand der in der Beschlussvorlage beigefügten Folien, die Veränderungen wieder.

1. Wortmeldung des Herrn Zimmer, FWG-Kreistagsfraktion:

Herr Zimmer bittet zu berücksichtigen, dass es den Gemeinden in diesem, bzw. im kommenden Jahr nicht mehr so gut gehen wird, wie zuvor, da die Schlüsselzuweisungen drastisch zurückgingen.

Der Landrat teilt mit, dass sich die Lage der Gemeinden in den Jahren 2008 und 2009 verbessert hat.

2. Wortmeldung des Herrn Lüttger, CDU-Kreistagsfraktion:

Herr Lüttger möchte vermeiden, dass aufgrund der teils nicht optimalen Schülerbeförderungssituation noch mehr Schüler vom Land in die Stadt gezogen werden.

Weiter fragt er nach, ob die Kostenbeteiligung für die Realschule Plus in der geforderten Umlageerhöhung enthalten oder (weil freiwillige Leistung) separat zu sehen ist.

Der Landrat bejaht dies, jedoch sei noch keine Entscheidung gefällt, ob es bei der 50 %igen Beteiligung des Landkreises an den Gesamtkosten bleibt. Wenn die Kreisverwaltung die Realschulen Plus übernehmen müsste, würde noch eine Summe hinzukommen. Die ADD jedoch tendiert dafür, dass die Verbandsgemeinden diese Schulen in Gänze übernehmen sollten, allerdings ohne jeglichen Ausgleich. Diese „Lex-Bad Kreuznach“ (50/50 Kreis/Verbandsgemeinde) gilt jedoch höchstens bis zum Jahr 2013. Dann ist die Trägerschaft entweder beim Kreis oder bei der Verbandsgemeinde anzusiedeln.

3. Wortmeldung des Herrn Hippert, CDU-Kreistagsfraktion:

Herr Hippert teilt mit, dass die CDU den Änderungsvorschlägen in dieser Größe nicht mittragen kann. Es sollte noch einmal geprüft werden, was verwirklicht werden soll und was nicht.

Er bittet darum, dass alle Kreistagsmitglieder Material mit den unterbreiteten Vorschlägen erhalten.

Der Landrat versichert, dass die Vorschläge in die Unterlagen eingearbeitet werden und anschließend an die Kreistagsmitglieder versandt werden.

Die Bediensteten der Kreisverwaltung verlassen den Saal.

nö. TOP 5 Personalangelegenheiten

Der Kreisausschuss stimmt dem Vorschlag der Verwaltung und des Personalrates **einstimmig** zu, Herrn Kreisinspektor Johannes Karst mit Wirkung zum 01. Januar 2010 gemäß § 11 des Landesbeamtengesetzes Rheinland-Pfalz (LBG) die Eigenschaft eines Beamtenverhältnisses auf Lebenszeit zu verleihen.

Eine Änderung der Besoldung (BBesO A 9) tritt durch die Ernennung nicht ein.

nö. TOP 6 Nichtöffentliche Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen

Herr Pörksen bittet darum, ihm eine Kopie der kompletten Haushaltsunterlagen zu übersenden.

Herr Ryschawy teilt mit, dass die 6 Fraktionsvorsitzenden eine Kopie der kompletten Unterlagen erhalten werden. Alle weiteren erhalten auf Nachfrage eine kodierte Ausfertigung bzw. eine auf CD-Rom.

Es liegen keine weiteren nichtöffentlichen Mitteilungen oder noch zu beantwortende Anfragen vor.

Der Vorsitzende schließt um 17.20 Uhr die Sitzung des Kreisausschusses.

(Landrat)

(Schriftführer)